Strafverfahrensrecht

Roxin / Schünemann

30., neu bearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-406-73587-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.
beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Roxin/Schünemann
Strafverfahrensrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Strafverfahrensrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Dr. h. c. mult. Claus Roxin

em. o. Professor an der Universität München

seit der 26. Auflage fortgeführt von

Dr. Dr. h. c. mult. Bernd Schünemann

em. o. Professor an der Universität München

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

30., neu bearbeitete Auflage, 2022
des von Eduard Kern begründeten Werkes

C.H.BECK

Zitiervorschlag: Roxin/Schünemann StrafVerfR § … Rn …

Übersetzung ins Japanische von
Nobuyuki Yoshida

Übersetzung ins Chinesische von
Li-chi Wu

Übersetzung ins Spanische von
Gabriela E. Córdoba und Daniel R. Pastor (25. Aufl.)
und von
Ignacio F. Tedesco, Darío N. Rolón und Mario Amoretti (29. Aufl.)

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 73587 5
ISBN E-Book 978 3 406 74679 6

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

CO_2 neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Seit dem Erscheinen der Vorauflage ist die Strafprozessordnung (einschließlich der darauf bezogenen Regeln des Gerichtsverfassungsgesetzes) sage und schreibe fünfzigmal novelliert worden. Diese hektische Gesetzgebungstätigkeit, der vielfach EU-Richtlinien und -Verordnungen vorangegangen sind, hat zunächst einmal das Erscheinen der Neuauflage verzögert, weil Autor und Verlag keinen Text vorlegen wollten, der schon nach kurzer Zeit durch die Gesetzgebung in zahlreichen Punkten überholt worden wäre. Selbst dort, wo die Novellen das strafprozessuale Gefüge unangetastet gelassen haben, haben sie viele technische Änderungen gebracht, denen an zahlreichen Stellen Rechnung getragen werden musste. Darüber hinaus hat es drei große Änderungsgesetze gegeben, für die sich der Gesetzgeber die phantasievollen Bezeichnungen „Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens", „Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens" sowie „Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung" ausgedacht hat und die er besser als „Sammelsurium I–III" überschrieben hätte.

Für dieses Lehrbuch, dessen wichtigstes Ziel weiterhin in der Darstellung und Verteidigung des vor 145 Jahren geschaffenen Strafverfahrenssystems als einer der wichtigsten Errungenschaften der bürgerlich-liberalen Reformbewegung des 19. Jahrhunderts besteht, bieten die von diesen drei Gesetzen vorgenommenen Veränderungen mitsamt der ihnen als letzte Tat der 19. Legislaturperiode folgenden Erweiterung der Wiederaufnahme des Verfahrens zuungunsten des Angeklagten eine besondere Herausforderung, weil der Stoff, aus dem diese (Alb-)Träume sind, lange Jahre in den Schubladen der Landesjustizministerien geschlummert hatte und von einem ehemals liberalen Bundesjustizministerium blockiert worden war, sich nunmehr aber über den gesamten Bereich des Strafverfahrens ausbreiten konnte – nota bene jahrelang im einseitigen Verfolgungsinteresse und erst im FortentwicklungsG wieder unter der notwendigen Ausbalancierung mit dem Verteidigungsinteresse.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Eine kaum weniger große Herausforderung bietet die fast im Quartalstakt durchgeführte Ausdehnung und Verschärfung der elektronischen Ausspionierung des Bürgers. Diejenigen, die sich noch an die die ganze Republik bewegende Auseinandersetzung um die Einführung des sog. großen Lauschangriffs mit seinen aus heutiger Sicht fast steinzeitlich wirkenden Abhörmethoden erinnern, stehen staunend vor dem Quietismus unserer Medien bei Einführung einer Totalüberwachung durch Bundes-Trojaner (schon im Ansatz ein Euphemismus, weil es Danaer heißen müsste) mit ihrer Bloßlegung des in seinem PC nach außen gekehrten kompletten Seelenlebens des digitalisierten Bürgers und ihrer Abschöpfung seiner vollständigen gesellschaftlichen Identität über die sozialen Medien. Zwar ist gerade in diesem Lehrbuch immer wieder betont worden, dass die Modernisierung des abweichenden Verhaltens auch eine Modernisierung der Verbrechenskontrolle erfordert, aber damit einhergehend eben auch eine Modernisierung der Kontrollkontrolle, für die die bloße „Innenrevision" durch den Ermittlungsrichter längst nicht mehr ausreicht. Was sich hier immer mehr als Strafprozess- und Polizeirecht überwölbendes „Sicherheitsrecht" anbahnt, kann aus der Perspektive des überkommenen, liberal-rechtsstaatlichen Strafverfahrenssystems nur mit brennender Sorge betrachtet werden.

Zwei weitere Novellierungen sind so bedeutend, dass auf sie im Vorwort hinzuweisen ist.

Die eine ist der strafprozessuale Teil des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, die geradezu zum kriminalpolitischen Hauptinstrument des Wirtschaftsstrafrechts avanciert ist und durch die listenreiche Verkoppelung einer quasikondiktionellen Maßnahme mit dem sog. Bruttoprinzip unter allen verfassungsrechtlichen Kautelen hindurch geschlüpft ist, jedenfalls in der diese Mimikry als bare Münze nehmenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Im Strafverfahren ist die bei den „Ermittlungsmaßnahmen" eingeführte „Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung pp." in §§ 111 b ff. und des „Vermögensarrests zur Sicherung der Werteinziehung" in § 111 e zu einer (zuvor in der Praxis rachitisch gebliebenen) Zwangsmaßnahme ausgebaut worden, die an Eingriffstiefe und -wirkung durchaus mit der Untersuchungshaft auf eine Stufe gestellt werden kann. Und das bei dieser Gelegenheit neu geregelte „Verfahren bei Einziehung und Vermögensbeschlagnahme" in den §§ 441 ff. hat dem Betroffenen eine im Vergleich zum Beschuldigten erheblich schwächere Rechtsstellung eingeräumt, was dem Gewicht des Rechtsinstituts nicht gerecht wird. Ein Ausbau der entsprechenden Abschnitte dieses Lehrbuchs war deshalb unabweisbar, wird aber auch in der Zukunft noch fortzusetzen sein.

Immerhin hat es unter den 50 Novellen einen großen Lichtblick gegeben, der der Rechtsetzung der Europäischen Union zu verdanken und durch eine Eigenheit der deutschen Umsetzung sogar noch ausgeweitet worden ist: Die im System der RStPO angelegte, durch eine verdienstliche Rechtsprechung des BGH immerhin punktuell kompensierte „Verspätung" der Verteidigung im Ermittlungsverfahren musste kraft der EU-Richtlinie 2016/1919 über Prozesskostenhilfe in Strafverfahren pp. abgemildert werden, wofür diese in ausdrücklicher Anknüpfung an Art. 47 III der Grundrechtecharta, 6 III c der EMRK und 14 III d des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (nur) eine Prozesskostenhilfe vorsah, während das deutsche Ausführungsgesetz „zur Neuregelung der notwendigen Verteidigung" v. 10. 12. 2019 an diesem Institut bei einem Verzicht des Beschuldigten auf Verteidigermitwirkung festgehalten hat.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Wegen dieser zahllosen und teilweise gewichtigen Änderungen der Strafprozessordnung, über die ein endgültiges Urteil vielfach erst abzugeben sein wird, wenn über ihre Anwendung in der Praxis mehr Erfahrungen vorliegen, liegt der Schwerpunkt dieser Neuauflage in deren Einarbeitung und Berücksichtigung. Daneben waren Judikatur und Literatur in den durch den Umfang dieses Lehrbuches vorgegebenen Grenzen bis zum 30. 4. 2022 zu berücksichtigen, namentlich auch durch Auswertung der in den verbreiteten Suchmaschinen meist vernachlässigten Festschriften. Die Dogmatik des Strafverfahrensrechts kann sich zwar in punkto Systembildung mit derjenigen des materiellen Strafrechts noch nicht messen, wohl aber, was die Dichte der Problemanalyse und damit die rechtsstaatlich unverzichtbare intellektuelle Kontrolle der (beim Prozessrecht meist in eigener Sache entscheidenden) Rechtsprechung anbetrifft.

Zur Grammatik des Textes ist abschließend zu bemerken, dass alle maskulinen Wendungen, durch die Menschen bezeichnet werden, geschlechtsneutral zu verstehen sind. Das Strafverfahrensrecht ist zu verwickelt, als dass man seine Darstellung noch mit Genderlinguistik verkomplizieren sollte.

München, 1. Mai 2022 *Bernd Schünemann*

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis XVII

Einleitung

§ 1. Begriff und Aufgabe des Strafverfahrensrechts 1
A. Strafrecht und Strafverfahrensrecht 1
B. Aufgabe und Ziel des Strafverfahrensrechts 2
C. Der Umfang des Strafverfahrensrechts 5
D. Das Strafverfahrensrecht in seinem Verhältnis zum allgemeinen Prozessrecht und zum materiellen Strafrecht 5
E. Strafverfahrensrecht und Polizeirecht 7
F. Strafverfahrensrecht und Strafprozesslehre 8

§ 2. Das Strafverfahrensrecht in der Verfassungsordnung 10
A. Das Strafverfahrensrecht als Seismograph der Staatsverfassung 11
B. Das Modell der StPO als 3. Paradigma des Strafverfahrens, dessen Krise und der postmoderne Prozess als 4. Paradigma 13

§ 3. Übersicht über die Rechtsquellen und den Einfluss des Europarechts 15
A. Die zentralen deutschen Gesetze 16
B. Ergänzende Vorschriften 16
C. Sonstige Bundesgesetze 17
D. Bundeseinheitlich geltende Verwaltungsanordnungen 18
E. Landesrecht 18
F. Europäisches, internationales und Völkerstrafverfahrensrecht 19

§ 4. Überblick über den Gang des Verfahrens 32
A. Abschnitte des Strafprozesses 32
B. Das erstinstanzliche ordentliche Erkenntnisverfahren 32
C. Legaldefinition des Beschuldigten im Strafverfahren 34

1. Kapitel. Strafgerichtsverfassungsrecht

§ 5. Der Umfang der deutschen Strafgerichtsbarkeit; internationale Strafgerichtsbarkeit 37

§ 6. Die sachliche Zuständigkeit und die Besetzung der Strafgerichte 37
A. Das richterliche Entscheidungsmonopol 38
B. Die sachliche Zuständigkeit 39
C. Die Besetzung der Strafgerichte 43

§ 7. Die örtliche Zuständigkeit 49

§ 8. Die Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen. Vorverurteilung durch die Medien 52
A. Die Ausschließung des Richters 52

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

B. Die Ablehnung des Richters 54
C. Vorverurteilung durch die Medien 58

§ 9. Die Staatsanwaltschaft und ihre Gehilfen 58
A. Die Staatsanwaltschaft 59
B. Die Polizei 66
C. Der Ermittlungsrichter 71
D. Die Gerichtshilfe 73

2. Kapitel. Die Grundsätze des Strafverfahrensrechts

§ 10. Übersicht; materielle Wahrheit und Verfahrensgerechtigkeit . . 75

§ 11. Die regulativen Verfahrensprinzipien der Unschuldsvermutung, des Fair Trial und der Fürsorgepflicht . . 77
A. Die Unschuldsvermutung (Art. 6 II EMRK) 77
B. Fair Trial 78
C. Gerichtliche Fürsorgepflicht 81

§ 12. Der Grundsatz der Strafverfolgung durch den Staat (Offizialprinzip) 81
A. Zur Geschichte 81
B. Das geltende deutsche Recht 82

§ 13. Der Anklagegrundsatz (Akkusationsprinzip) 85
A. Grundsätzliches 85
B. Das geltende Recht 86

§ 14. Der Verfolgungs- und Anklagezwang (Legalitätsprinzip) 87
A. Grundsätzliches 88
B. Legalitäts- und Opportunitätsprinzip im geltenden Recht 88

§ 15. Das Prinzip der materiellen Wahrheit und der Ermittlungsgrundsatz (Instruktionsmaxime) 96
A. Der Ermittlungsgrundsatz 96
B. Weitere Beweisgrundsätze 99

§ 16. Die Grundsätze der Form (Mündlichkeit und Öffentlichkeit) und der Beschleunigung 99
A. Mündlichkeitsgrundsatz 100
B. Öffentlichkeitsgrundsatz 100
C. Der Beschleunigungsgrundsatz und die Überforderung der Hauptverhandlung durch Umfangsverfahren 100

3. Kapitel. Die Rechtsstellung der Verfahrensbeteiligten

§ 17. Die gesetzliche Struktur des deutschen Strafverfahrens und ihre Sprengung durch die Urteilsabsprachen 105
A. Die Prozesssubjekte 105
B. Inquisitionsverfahren und Parteiverfahren 105

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

C. Eigenständiger Prozesstyp 106
D. Die Sprengung dieser Struktur durch die Urteilsabsprachen 107

§ 18. Die Stellung des Beschuldigten im Strafverfahren 118
A. Der Beschuldigte als Prozesssubjekt 118
B. Rechte des Beschuldigten 118
C. Der Schutz des Persönlichkeitsrechts vor den Medien 121

§ 19. Verteidiger und Beistände 124
A. Die prozessuale Stellung des Verteidigers 126
B. Die rivalisierenden Konzepte: Notwendige Verteidigung oder Prozesskostenhilfe 132
C. Gewählter und bestellter Verteidiger; die Person des Verteidigers 139
D. Ausschluss des Verteidigers; sitzungsleitende Maßnahmen 143
E. Aufgaben und Rechte des Verteidigers 145
F. Beistände 153

4. Kapitel. Gegenstand und Voraussetzungen des Strafverfahrens; Prozesshandlungen; richterliche Entscheidungen

§ 20. Der Prozessgegenstand 155
A. Grundlagen 155
B. Ausgestaltung des Prozessgegenstandes im Einzelnen 156

§ 21. Die Prozessvoraussetzungen 163
A. Begriff und Abgrenzung 163
B. Die einzelnen Prozessvoraussetzungen 164
C. Berücksichtigungspflicht; Beweisverfahren 169
D. Folgen des Fehlens einer Prozessvoraussetzung 169

§ 22. Zur Lehre von den Prozesshandlungen im Strafprozess im Allgemeinen 170
A. Begriff 170
B. Wirksamkeitsvoraussetzungen 171

§ 23. Die richterlichen Entscheidungen im Allgemeinen 176
A. Die Arten der richterlichen Entscheidungen 176
B. Gemeinsame Bestimmungen für gerichtliche Entscheidungen 177

5. Kapitel. Die Stoffsammlung, insb. das Beweisrecht

§ 24. Die Grundlagen des Beweisrechts, insb. die Beweisverbote . . . 181
A. Beweis, Glaubhaftmachung und Verdachtsbegründung 181
B. Strengbeweis und Freibeweis 182
C. Die Beweisbedürftigkeit 183
D. Beweisverbote 184

§ 25. Der Beschuldigte im Beweisrecht 210
A. Der Beschuldigte als Beweismittel 211
B. Die Erscheinenspflicht des Beschuldigten 212
C. Die Vernehmung des Beschuldigten 212

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

D. Verbotene Vernehmungsmethoden 218
E. Das Schweigen des Beschuldigten 222

§ 26. Der Zeuge 223
A. Begriff 225
B. Die Pflichten des Zeugen 227
C. Die Durchführung der Vernehmung und der Vereidigung 237
D. Der Zeuge als Prozesssubjekt 240

§ 27. Der Sachverständige 242
A. Begriff 243
B. Die Zuziehung des Sachverständigen und ihre Grenzen 245
C. Die Rechtsstellung des Sachverständigen 247
D. Der Beweiswert des Gutachtens 248

§ 28. Die sachlichen Beweismittel 249
A. Augenschein 249
B. Urkunden 250
C. Die Beweismittelqualität von Tonband- und Videoaufnahmen 251

6. Kapitel. Zwangsmaßnahmen und Grundrechtseingriffe

§ 29. Grundlagen 253
A. Zwecke 253
B. Zwangsmaßnahmen als Grundrechtseingriffe 254
C. Die Zuständigkeit zu Eingriffen 255
D. Rechtsschutz gegen strafprozessuale Grundrechtseingriffe 256
E. Reformbedarf angesichts eines „Überwachungsstaates intra muros“ 260
F. Tabellarische Übersicht der wichtigsten Zwangsmittel 262

§ 30. Die Untersuchungshaft 263
A. Zweck und Bedeutung der Untersuchungshaft 263
B. Die Verhängung der U-Haft 265
C. Durchführung und Folgen der Verhaftung 270
D. Der Vollzug der U-Haft 272
E. Aussetzung der U-Haft (Haftverschonung) 273
F. Die Aufhebung des Haftbefehls 275
G. Haftprüfung 277

§ 31. Vorläufige Festnahme, Identitätsfeststellung und Vorführung 278
A. Vorläufige Festnahme und unmittelbarer Zwang 278
B. Die Identitätsfeststellung 283
C. Die Vorführung 284

§ 32. Fahndung 286
A. Allgemeines 286
B. Ausschreibung zur Festnahme 286
C. Netzfahndung 288
D. Rasterfahndung 289
E. Datenabgleich 290
F. Automatische Kennzeichenerfassung 290

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 33. Anstaltsbeobachtung, körperliche Untersuchung, erkennungsdienstliche Maßnahmen und DNA-Analyse 290
A. Maßnahmen gegen den Beschuldigten 291
B. Maßnahmen gegen Dritte 297

§ 34. Sicherstellung und Beschlagnahme 299
A. Übersicht 300
B. Die Sicherstellung von Beweismitteln u. Führerscheinen im Allgemeinen 300
C. Die Beschlagnahme nach §§ 94 ff. insbesondere 302
D. Beschlagnahme und Vermögensarrest zur Sicherung der Einziehung und der Wertersatzeinziehung nach §§ 111 b ff. 306

§ 35. Durchsuchung, Kontrollstelle und Razzia 310
A. Durchsuchung 310
B. Kontrollstelle und Razzia 315

§ 36. Geheimdienstliche Maßnahmen I: Überwachung der Telekommunikation, Erhebung von Verkehrsdaten, IMSI-Catcher, Observation, Lauschangriff, Einsatz technischer Mittel, Online-Durchsuchung 316
A. Übersicht 318
B. Überwachung der Telekommunikation (§§ 100 a, 100 b) 319
C. Erhebung von Verkehrs-, Nutzungs- und Bestandsdaten bei Telekommunikation und Telemedien (§§ 100 g, 100 j, 100 k) 326
D. Längerfristige Observation (§ 163 f) 328
E. Ermittlung von Mobilfunkendgeräten (§ 100 i) 328
F. Akustische Wohnraumüberwachung (sog. großer Lauschangriff), §§ 100 c, 100 d 329
G. Kleiner Lauschangriff und Observation (§§ 100 f, 100 h) 332
H. Online-Durchsuchung (§§ 100 b, 100 e) 333

§ 37. Geheimdienstliche Maßnahmen II: Einsatz von verdeckten Ermittlern, Vertrauenspersonen und Lockspitzeln 334
A. Überblick 335
B. Verdeckte Ermittler (VE), V-Leute und Lochspitzel 336

§ 38. Vorläufige Maßregelverhängung 340
A. Überblick 340
B. Die einstweilige Unterbringung 341
C. Die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis 342
D. Das vorläufige Berufsverbot 342

7. Kapitel. Das Vorverfahren und das Zwischenverfahren

§ 39. Das Ermittlungsverfahren 345
A. Die Anlässe für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens 347
B. Ermittlungstätigkeit und Tatverdacht 350
C. Die Durchführung des Ermittlungsverfahrens 351
D. Zur Reform des Ermittlungsverfahrens 357

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 40. Abschluss des Ermittlungsverfahrens, Einstellung und Klageerhebung . . . 358
A. Überblick . . . 358
B. Einstellung des Verfahrens . . . 358
C. Klageerhebung . . . 359
D. Wirkungen der Klageerhebung . . . 359
E. Die Anklage im Einzelnen . . . 361

§ 41. Das Klageerzwingungsverfahren . . . 363
A. Sinn und Zweck . . . 364
B. Die Ausgestaltung im Einzelnen . . . 364

§ 42. Das Zwischenverfahren . . . 368
A. Begriff und Bedeutung . . . 369
B. Einleitung und Durchführung . . . 369
C. Die Entscheidung des Gerichts . . . 370

8. Kapitel. Das Hauptverfahren in erster Instanz

§ 43. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung . . . 375
A. Terminsansetzung . . . 375
B. Die Ladungen . . . 376
C. Die Mitteilung der Gerichtsbesetzung und die Namhaftmachung der Zeugen . . . 377
D. Kommissarische Beweisaufnahme . . . 378
E. Einstellung vor der Hauptverhandlung . . . 378

§ 44. Die Hauptverhandlung . . . 379
A. Bedeutung . . . 380
B. Wichtige Bestandteile . . . 380
C. Unterbrechung und Aussetzung . . . 383
D. Leitung . . . 385
E. Anwesenheitspflichten . . . 392
F. Die Anwesenheit des Angeklagten insb. . . . 394
G. Die Verständigung als Urteilsgrundlage . . . 399
H. Die Reform der Hauptverhandlung . . . 408

§ 45. Die Beweisaufnahme . . . 410
A. Der Grundsatz der richterlichen Aufklärungspflicht . . . 412
B. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Prozessbeteiligten, insbesondere des Angeklagten: Beweisantrag, Beweisermittlungsantrag und präsente Beweismittel . . . 414
C. Das Beweisantragsrecht als zerbröselnder Eckstein der Verfahrensbalance 415
D. Die Ablehnung von Beweisanträgen . . . 418
E. Freie Beweiswürdigung . . . 429
F. Der Grundsatz in dubio pro reo . . . 434

§ 46. Mündlichkeit und Unmittelbarkeit der Hauptverhandlung . . . 438
A. Begriff und Bedeutung . . . 439
B. Auswirkungen . . . 439

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 47. Die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung 452
A. Bedeutung 452
B. Einschränkungen 454
C. Revisibilität 459

9. Kapitel. Urteil, Sitzungsprotokoll und Rechtskraft

§ 48. Begriff und Arten, Gegenstand und Zustandekommen des Urteils 461
A. Begriff und Arten 461
B. Gegenstand 461
C. Zustandekommen durch Beratung und Abstimmung 463

§ 49. Die Verkündung des Urteils und der Nebenentscheidungen . . 465
A. Die Verkündung 465
B. Die Urteilsformel (Tenor) 466

§ 50. Die Urteilsurkunde 469
A. Die Absetzung des Urteils 469
B. Aufbau des Strafurteils 470
C. Urteilsbegründung 471
D. Unterschrift 473
E. Beispiel 473

§ 51. Das Sitzungsprotokoll 476
A. Inhalt des Protokolls 476
B. Protokollführung, Unterschrift und Fertigstellung 478
C. Beweiskraft des Protokolls 478
D. Protokollberichtigung und Revision 479
E. Tonbandprotokolle 480

§ 52. Die Rechtskraft 480
A. Die formelle Rechtskraft 481
B. Die materielle Rechtskraft 482
C. Weder formelle noch materielle Rechtskraft unbeachtlicher Entscheidungen 487

10. Kapitel. Die Rechtsbehelfe (Die Anfechtbarkeit der gerichtlichen Entscheidungen)

§ 53. Allgemeine Fragen der Rechtsmittellehre 489
A. Die Rechtsbehelfe 489
B. Die Rechtsmittel 490

§ 54. Die Berufung 499
A. Begriff und Zulässigkeit 499
B. Rechtspolitische Gesichtspunkte 500
C. Einlegung der Berufung 501
D. Vorprüfung durch das Berufungsgericht 502

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

E. Hauptverfahren 503
F. Die Entscheidung des Berufungsgerichts 504

§ 55. Die Revision 506
A. Begriff und Zulässigkeit der Revision 508
B. Zweck der Revision 510
C. Sach- und Verfahrensrügen 511
D. Begriff der Gesetzesverletzung 512
E. Die Revisionsgründe 517
F. Einlegung der Revision 520
G. Vorprüfung durch das Revisionsgericht 522
H. Hauptverhandlung 523
I. Umfang der Urteilsprüfung 524
J. Die Entscheidung des Revisionsgerichts 526
K. Revisionserstreckung 529

§ 56. Die Beschwerde 530
A. Begriff 530
B. Aktivlegitimation, Zulässigkeit und Einlegung 530
C. Wirkung 532
D. Sofortige Beschwerde 532
E. Weitere Beschwerde 533

§ 57. Die Wiederaufnahme des Verfahrens 533
A. Bedeutung und Zulässigkeit 534
B. Die Wiederaufnahmegründe 535
C. Der Gang des Verfahrens 538

11. Kapitel. Strafvollstreckung, Register und Datenschutz; Kosten; Entschädigung

§ 58. Die Strafvollstreckung 543
A. Strafvollstreckung und Strafvollzug 543
B. Die Durchführung der Strafvollstreckung 543

§ 59. Datenverwendung und Datenschutz; die Register 545
A. Allgemeine Regelungen über Verwendung und Schutz strafprozessualer Daten 545
B. Zentralregister und Fahreignungsregister 547
C. Das länderübergreifende staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister 549

§ 60. Die Kosten 549
A. Begriff der Kosten 550
B. Entscheidung über Kosten und notwendige Auslagen 550
C. Pflicht zur Kostentragung 550
D. Anfechtung der Kostenentscheidungen 552
E. Kostenfestsetzungsverfahren 552

§ 61. Entschädigung 553
A. Die Entschädigung des Beschuldigten 553
B. Die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten 555

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

12. Kapitel. Besonderheiten des ordentlichen Verfahrens

§ 62. Das beschleunigte Verfahren und die sog. Hauptverhandlungshaft . . . 557
A. Zweck und Grenzen . . . 557
B. Die Regelung des beschleunigten Verfahrens . . . 558
C. Die sog. Hauptverhandlungshaft . . . 559

§ 63. Das Verfahren gegen Abwesende . . . 561
A. Abwesende und Ausgebliebene . . . 561
B. Beweissicherung, Gestellung, sicheres Geleit . . . 562

13. Kapitel. Die Beteiligung des Verletzten am Strafverfahren

§ 64. Allgemeines . . . 563

§ 65. Die Privatklage . . . 565
A. Entwicklung und Eigenart des Privatklageverfahrens . . . 566
B. Privatklagefähige Delikte . . . 567
C. Verhältnis zur öffentlichen Klage . . . 567
D. Verhältnis der Privatklage zum Strafantrag . . . 568
E. Privatklageberechtigte . . . 568
F. Besonderheiten des Verfahrensablaufes . . . 569
G. Widerklage . . . 571

§ 66. Die Nebenklage . . . 572
A. Begriff und Zweck . . . 572
B. Stellung des Nebenklägers . . . 572
C. Zulässigkeit . . . 573
D. Verfahren . . . 574
E. Kosten . . . 575

§ 67. Das Adhäsionsverfahren und die Stellung des Verletzten im Übrigen . . . 575
A. Die Entschädigung des Verletzten (Adhäsionsprozess) . . . 576
B. Sonstige Befugnisse des Verletzten . . . 578
C. Sonstiger Schadensausgleich . . . 581

14. Kapitel. Die besonderen Verfahrensarten

§ 68. Das Sicherungsverfahren . . . 583
A. Anwendungsbereich . . . 583
B. Besonderheiten des Verfahrens . . . 584
C. Das Verfahren bei Verhängung der vorbehaltenen oder nachträglichen Sicherungsverwahrung . . . 585

§ 69. Das Verfahren bei Einziehung, Vermögensbeschlagnahme und Geldbußenfestsetzung gegen juristische Personen . . . 587
A. Das Einziehungsverfahren . . . 587
B. Das Verfahren bei Vermögensbeschlagnahme . . . 589
C. Festsetzung einer Geldbuße gegen jur. Personen . . . 590

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 70. Das Strafbefehlsverfahren 590
A. Bedeutung und Problematik 591
B. Zulässigkeit und Verfahrensgang 591

15. Kapitel. Epilog

§ 71. Die Zukunft des deutschen Strafverfahrens 595

Paragrafenverzeichnis 605

Sachverzeichnis 609

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG